

## **Cultural Diplomacy: Einbahnstraße, Sackgasse, Kreisverkehr, oder? Risiken und Nebenwirkungen einer Kulturentwicklungspolitik**

Wolfgang Schneider

**K**ultur und Politik, das ist ein zu weites Feld. Beiden ist die Gestaltung des Lebens immanent, sie unterscheiden sich vor allem in der Frage nach dem Wie: bottom up oder top down? So war es bisher, so muss es aber zukünftig ganz und gar nicht sein! Kultur ist ein Wirkungsfeld, das geprägt ist durch das Zusammensein von Menschen; es geht um kulturelle Erfahrungen, um kreative Prozesse und um künstlerische Ausdrucksformen. Kultur ist aber auch ein Handlungsfeld. Verschiedene Akteure tragen zum Kulturaustausch bei, schaffen Infrastrukturen und erzeugen mit kulturellen Angeboten Nachfragen. Gesellschaften machen dies zu ihrer Aufgabe und befördern die Kulturentwicklung. Somit wird Kultur auch zu einem Politikfeld. Sowohl der öffentliche und der private als auch der intermediäre Sektor prägen eine Kulturpolitik, die mit unterschiedlichen Begründungsweisen Rahmenbedingungen zur Entfaltung von Kultur zu schaffen versuchen.

„Der Staat schützt und fördert die Kultur“

Eine Gesellschaft pflegt aber nicht nur das Binnenverhältnis von Kultur, die Außenbeziehungen sind ebenso existentiell und genießen deshalb gleiche Priorität. Und in diesem Zusammenhang stellt sich dann auch die Frage, in wie weit Gesellschaften kulturell untereinander kommunizieren, in wie weit sie Kultur als Mittel der Außenpolitik einbeziehen, in wie weit sie kulturelle Diplomatie betreiben. Cultural Diplomacy ist der häufig benutzte Terminus, eine Übertragung ins Deutsche hat noch nicht stattgefunden, wenn man einmal von den Theorien und Praxen einer Auswärtigen Kulturpolitik absieht. In der amerikanischen Politikwissenschaft wird der Begriff gerne in Abgrenzung zum Cultural Imperialism definiert. Milton C. Cummings schreibt recht allgemein von „...the exchange of ideas, information, art, lifestyles, value systems, traditions, beliefs and other aspects of cultures...“. Ausgangspunkt jeglichen Austauschs ist die Anerkennung der anderen Gesellschaft als Kulturstaat, ein Faktum, das in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland eigentlich erst mit Artikel 35 des Einigungsvertrages zwischen BRD und DDR aktenkundig wurde. Seit 1990 werden zudem immer wieder Debatten geführt, ob es einer diesbezüglichen Grundgesetzänderung bedarf. Zuletzt formulierte die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages einen Vorschlag. „Der Staat schützt und fördert die Kultur“, sollte es in einem zusätzlichen Ar-

tikel 20b heißen. Eine politische Einigung wurde bisher nicht erzielt, die Selbstverständigung findet also weiterhin eher im akademischen Bereich statt. Bei Oliver Scheytt und anderen ist von der Kulturgesellschaft die Rede, von Kulturbürgern und von einer Kulturpolitik, die sich als Governance versteht, also Diskurs und Teilhabe ermöglicht, das Zusammenwirken von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren initiiert und kooperative Handlungsformen entwickelt. Der Staat soll statt alles selbst zu machen, stärker eine aktivierende Rolle spielen, Initiator, Moderator und Förderer von Netzwerken sein. Cultural Diplomacy braucht demnach Cultural Governance. Im zwischenstaatlichen Bereich werden in diesem Zusammenhang Fragen aufgeworfen, die sich mit der Ökonomisierung der Gesellschaften beschäftigen, die die Globalisierung gleichermaßen als Chance und Risiko begreifen und die Auswirkungen einer weltweiten Mediatisierung kritisch diskutieren. Cultural Diplomacy kann als ein Referenzsystem dienen, wenn es um Kultur und Politik in multilateralen Beziehungen geht. Die konkreten Aufgaben, Instrumentarien und Auswirkungen bedürfen dabei einer kulturpolitischen Betrachtung.

#### Gegenseitigkeit und Gleichwertigkeit der Kulturen

Konzeptionelle Überlegungen zur Kulturpolitik, insbesondere zum Kulturaustausch, hat es schon in der ehemaligen Bundesrepublik Deutschland viele gegeben. Zu erinnern wäre an die Leitsätze des Auswärtigen Amtes vom Dezember 1970: „Die Auswärtige Kulturpolitik wird sich künftig intensiver als bisher mit den kulturellen und zivilisatorischen Gegenwartsproblemen befassen. Der Kulturbegriff muss daher weiter gefasst werden.“ Zu verweisen wäre zudem auf die rund 300 Feststellungen und mehr als 100 Empfehlungen der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages von 1975, in denen unter anderem ausführlich dargelegt wird, dass die Auswärtige Kulturpolitik nicht mehr auf einseitigen Kulturexport beschränkt bleiben kann, sondern sich den kulturellen Wechselbeziehungen und der partnerschaftlichen Zusammenarbeit öffnen muss. Und zu zitieren wäre allemal Hildegard Hamm-Brücher, die 1982 in ihren „Zehn Thesen zur kulturellen Begegnung und Zusammenarbeit mit Ländern der Dritten Welt“ als allgemeine Prinzipien die Gegenseitigkeit von Kulturbeziehungen, die Gleichwertigkeit der Kulturen, die Integration aller Bereiche zwischenmenschlicher Lebensgestaltung und Kommunikation sowie die Ermutigung und den Ausbau der Zusammenarbeit mit nicht staatlichen Trägern anmahnt. Zu überprüfen wäre also die heutige Praxis internationaler Kulturbeziehungen anhand der klassischen Theorie einer neuen Auswärtigen Kulturpolitik. Zweibahnigkeit statt Einbahnstraße, hieß es: Stimmt das? Vom Kulturexport zum Dialog der Kulturen, so sollte sich's entwickeln: Mit Erfolg? Von der Kooperation zur Koproduktion, war gemeint: Ist's denn so? Projekte und Prozesse statt Präsentation und Produkte, das war die Maxime. Internatio-

nale Netzwerke an Stelle zentralisierter Mittlerstrukturen sowie die gezielte Intervention in kulturellen Spannungslagen, sogar politischen Krisen, wurden auf die Fahnen geschrieben. Wie steht's denn nun um das Verhältnis von Anspruch und Wirklichkeit?

#### Vom Export zum Netzwerk

Es steht nicht gut um die Künste als Programm der Auswärtigen Kulturpolitik. Das Große und Ganze wird gepredigt, aber kulturpolitisch macht sich kaum einer Gedanken, was im Ausland ausgestellt wird, welche Musik bei den Projekten eine Rolle spielt, wie die Vermittlung von Theater stattfindet. Denn noch immer geht es doch vorrangig um den Export. Der Austausch wird gepriesen, gepflegt wird die Präsentation. Wer sich einmal der Mühe unterzieht, die Jahresberichte der Kulturinstitute zu analysieren, wird feststellen müssen, dass der weitaus größte Teil der Veranstaltungen durch Theateraufführungen, Lesungen, Filmvorführungen, Vorträge und Kunstausstellungen geprägt ist – also schon im Format sehr eindimensional strukturiert. Es wird etwas demonstriert, aber wie intensiv ist die Kommunikation angelegt? Wo bleibt der Austausch im Sinne eines Prozesses? Und was entsteht Neues, wenn das Programm vorrangig den Konsum bedient? Aus deutscher Sicht skandalöse Beispiele sind die Programme der sogenannten Deutschlandjahre. „Deutschland in Japan“, sei wohl „die bislang größte Imagekampagne für die ›Marke Deutschland‹ außerhalb Deutschlands“ gewesen, wie im Internet zu lesen war. Ein Sammelsurium an Veranstaltungen als Konzept? ›Lifestyle‹ als Programm? Auswärtige Kulturpolitik als PR-Instrument? Denn es waren nicht etwa die Kulturvermittler, die mit der Konzeption betraut wurden, es waren zuvorderst Wirtschaftslobbyisten, die mit Modenschau und Glamourparties einen bunten Cocktail mixten, in dem auch die Künste ein bisschen schillern durften.

#### Vom Event zur Intervention

Noch immer scheint es also die Leitfrage der Auswärtigen Kulturpolitik zu geben, die die Vermittlung eines Bildes unseres Landes in den Mittelpunkt stellt: „Mit welchen Kernbotschaften soll sich die Kulturnation Deutschland im Ausland präsentieren?“ Auf den Konferenzen „Menschen bewegen – Kultur und Bildung in der deutschen Außenpolitik“ 2006 und 2008 im Auswärtigen, kam auch dieser Sachverhalt zur Sprache; glücklicherweise waren die Diskussionsansätze aber breiter angelegt. Es ging auch um eine Kulturpolitik im Spiegel des gesellschaftlichen Wandels, es ging um weltweite Netzwerke, innovative Kooperationsmodelle, es ging um den Dialog der Kulturen in einer globalisierten Welt. Der kulturelle Dialog steht also hoch oben auf der Agenda. Es fehlt aber immer noch an der konsequenten

Umsetzung von „Zweibahnigkeit“ und einem „Kulturaustausch auf gleicher Augenhöhe“. Kulturaustausch sollte doch Experiment sein, das Zusammenbringen von Künstlern ein Laboratorium, möglicherweise zur Förderung von Kreativität, möglicherweise auch mit dem Risiko des Scheiterns. miteinander lernen statt von einander! Kultur als Faktor nachhaltiger Entwicklung. Vom Export zum Netzwerk, könnte jetzt die Losung lauten. Netzwerkbildung gilt als erfolgreiches Prinzip, das ausbaufähig erscheint. Es geht um den kulturellen Mehrwert in gemeinsamen Kulturprojekten. Von Umstrukturierung ist immer mal wieder die Rede. Und das heißt meistens zunächst einmal Personalabbau im Goethe-Institut. Es ist sicher wichtig, den Instituten vor Ort mehr Autonomie zu gewähren. Das sollte aber nicht zu Lasten der Programmatik gehen, die durchaus von München aus formuliert und umgesetzt werden könnte. Wer zentrale Ziele verfolgt, kann nicht nur auf dezentrale Strukturen setzen. Kulturpolitische Interessen könnten auch der polyphonen Beliebigkeit geopfert werden. Es braucht auch die Verortung der Kultur im eigenen Lande, insbesondere wenn zusammenkommen soll, was zusammengehört: Kulturinnen- und Kulturaußenpolitik. Nur so kann der Wandel in der Auswärtigen Kulturpolitik gestaltet werden. Eine Stärkung der weltweit tätigen Institute macht nur Sinn, wenn dafür ein Gesamtkonzept vorliegt; ein Konzept, das zunächst der Kultur verpflichtet ist, ein flexibles Konzept, das sich im Prozess auf die Partner einlassen kann, ein Konzept, das vielfältige Formen und Beteiligungen der internationalen kulturellen Zusammenarbeit ermöglicht. Ein solches Gesamtkonzept könnte auch die Schließung einiger Institute verkraften, wenn mit den somit erwirtschafteten Mitteln neue Wege geebnet werden, wenn es darum geht, lokale Verbündete zu finden, wenn man weg will vom Event und Kulturarbeit mehr als Intervention versteht. Eine Einmischung der Kulturschaffenden ist erforderlich. Denn interessiert tatsächlich jemanden in Mumbai, Osaka oder Salvador, ob die Künstler aus Deutschland stammen? Ist es nicht eher das Interesse an interessanten Musikern und Theatermachern, das letztlich ausschlaggebend ist für die Partizipation in Projekten? Und ist ein solcher Ansatz nur mit der bisherigen Struktur leistbar? Es geht doch eigentlich gar nicht darum, Büros zu mieten oder gar Institute zu bauen. Es geht doch vielmehr zunächst darum, lokale Partner ausfindig zu machen, um dann eher symbolische Räume zu schaffen, die ein Zusammenarbeiten ermöglichen. Wer von einer Vielfalt der Kulturen spricht, sollte deshalb auch über eine Vielfalt der kulturpolitischen Mittel sinnieren. Dies gilt im Äußeren genauso wie im Inneren. „Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik findet in einem größeren Netzwerk statt, als wir das bislang gewohnt waren. Museen, Stiftungen, Organisationen der Zivilgesellschaft wie der Deutsche Kulturrat, Unternehmen des kulturellen Sektors, andere Behörden und nicht zuletzt die Kulturstiftung des Bundes ... sind Teil dieses Netzwerkes“, ließ der Bundesaußenminister der letzten Legislaturperiode verkünden. Frank-Walter Steinmeier sagte weiter: „Hieran müssen wir die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik auch in der internen Organisation

so anpassen, dass sie für möglichst viele Partner eine Plattform wird, an die anzudocken sich lohnt.“

### Kunst im Kontext von Konfliktprävention

Bereits 1999 formulierte die damalige rot-grüne Bundesregierung im Rahmen der allgemeinen außenpolitischen Zielsetzungen die „Konzeption 2000“ zur Auswärtigen Kulturpolitik. Diese berücksichtigt das neue Umfeld im Prozess der Globalisierung und bezieht ausdrücklich eine friedenspolitische und multilaterale Ausrichtung der Konfliktprävention ein. Die Auswärtige Kulturpolitik solle sich durch eine „kritische Wertediskussion und eine aktive Rolle in dem Bereich des Wissensmanagements wie auch des kultur- und informationspolitischen Dialogs einbringen“ und sich mit dem Wandel der Identitäten und der Stärkung kultureller Vielfalt auseinandersetzen. Vielfach umstritten ist allerdings der Einsatz der Kunst im Kontext der Krisenprävention. Kunst ist eben nicht per se politisch. Das muss sie auch nicht sein. Doch Kunst kann irritieren, indem sie vertraute Wahrnehmungsmuster in Frage stellt, den Blick für das Unerwartete, Unvertraute, sensibilisiert. In diesem Sinne kann sie zu einem Impuls werden, über asymmetrische Welten nachzudenken, die außerhalb begrenzter Blickwinkel existieren und zum Dialog anstiften.

Man kann an der Kunst zum Beispiel lernen, was analog in einer interkulturellen Gesellschaft mit ihren differenten Lebensformen wichtig ist. Häufig finden sich in der Kunst sogar erste Ansätze zur Vergangenheitsaufarbeitung, gerade wenn in einer Gesellschaft deren Verdrängung Zukunft ungestaltbar macht. Ihre Stärke besteht gerade darin, unabhängig und ohne Auftrag zu agieren. Kulturpolitische Mittel allein können Konfrontationen, Misstrauen und Gewalt nicht überwinden. Für die Auswärtige Kulturpolitik gilt, dass der am jeweiligen Land, seinen Menschen, seiner Kunst, Kultur und Geschichte, ausgerichtete Austausch auf Augenhöhe und die Reflexion kultureller Vielfalt handlungsleitend bleiben. „Grundsätzliche Voraussetzung dafür ist allerdings“, schreibt Tina Balla in ihrer Untersuchung über Auswärtige Kulturpolitik als Krisenprävention, „dass Kommunikation überhaupt möglich ist. Ureigenes Interesse der Kulturpolitik ist insofern, auch vor dem Hintergrund gewalttätiger Konflikte, Kommunikationskanäle zu erhalten oder wieder zu eröffnen.“ Ihre Mittler können Kontakte zu den Künstlern und Intellektuellen der Länder auch dann wahren, wenn diplomatische Beziehungen längst abgebrochen sind. Sie können Plattformen für zensurfreien Austausch zur Verfügung stellen, wenn sie anderswo nicht mehr zu finden sind.

## Kultur als Entwicklungsfaktor

Kultur und Entwicklung ist das neue Thema auf der Agenda der Auswärtigen Kulturpolitik, erstmals aber auch bei den Mittlerorganisationen der Entwicklungspolitik. Die Fragen, die derzeit gestellt werden lauten: Nach den Regeln der Kunst? Oder im Interesse der Ökonomie? Und wie steht es eigentlich um die drei Säulen der Außenpolitik? Ihr Binnenverhältnis ist bescheiden; ja, es geht um Diplomatie, vor allem geht es aber nach wie vor um Wirtschaftsinteressen. Die Kultur soll dritte Säule sein, sie ist bestenfalls Fassade. Da wo es strategische Interessen der Außenpolitik gibt, da darf auch die Kultur mitmischen. Aus Afghanistan hören und sehen wir meist nur die militärischen Einsätze, ganz selten erfahren wir etwas über das segensreiche Wirken des Goethe-Instituts in Kabul. Auswärtige Kulturpolitik ist noch meilenweit entfernt, Fundament der Außenpolitik zu werden. Wie soll sie dann erst im Kontext von Entwicklungspolitik zur Geltung kommen? Auf die Frage: Braucht Außenpolitik Kultur? Kann man mit ja antworten. Andersherum gefragt heißt es allerdings zu konstatieren: Kultur braucht keine Außenpolitik! Braucht Kultur Wirtschaft? Nein! Aber Wirtschaft braucht Kultur. Und was braucht Entwicklung? Im Rahmen der bisherigen Außenpolitik könnte Kultur als Entwicklungsfaktor eine Neuausrichtung der Auswärtigen Kulturpolitik ermöglichen. Nicht gebunden an die Eliten, nicht verfestigt in den Handelsmetropolen, nicht untergeordnet in der unheiligen Allianz mit dem Kapital. Denn die Ursachen für Unterentwicklung sind nicht nur in materiellem Mangel zu suchen. Armutsminderung könnte auch durch Stärkung der kulturellen Identitäten bekämpft, kulturelle Armut als ein weiteres Defizit definiert werden.

## Die Kunst, die Künste zu vermitteln

„Kultur ist eine Möglichkeit der Selbstverfeinerung“, sagt der Schriftsteller Feridun Zaimoglu, „Kultur ist eine Erziehung zum Sozialen. Kultur erlaubt mir, aus den Verhältnissen, in denen ich stecke, herauszukommen.“ Kultur bedeutet in erster Linie Freiheit, die Freiheit der Kulturschaffenden, die Freiheit gegenüber Markt und Macht. Und auch die gelegentlich als Allheilmittel apostrophierte Kulturwirtschaft braucht ihre Freiheiten. Möglicherweise leistet sie „einen entscheidenden Beitrag zum Wachstum“, wie es die Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit in ihrer jüngsten Broschüre „Kultur und Entwicklung“ propagiert. Sie entfalte ein „enormes Innovationspotential“, entwickle immer neue Techniken und schaffe Arbeitsplätze im Kunsthandwerk, Produktionsdesign, Film und Mode. Kulturförderung kann also wirtschaftliche Interessen verfolgen, Kunstförderung muss dagegen vor allem Artikel 5, Absatz 3 gerecht werden – im Inneren wie im Äußeren. Die Kunst ist aber nur frei, wenn ihr Zugang frei ist. Deshalb gilt es, jene Kunst zu sichern, die die Künste vermitteln

kann. Aus der Auswärtigen Kulturpolitik wird somit zwangsläufig eine Auswärtige Bildungspolitik, aus einer Entwicklungspolitik für wirtschaftliche Zusammenarbeit eine Kulturpolitik der Bildungspartnerschaften. Kulturelle Bildung lautet der zukünftige Auftrag. Es muss das vordringlichste Ziel sein, Partizipation und Teilhabe zu sichern. Es gilt, das Sehen und Hören zu lernen, Wahrnehmungsschulung zu betreiben, Curricula der Ästhetik zu entwickeln. Zum Bau einer Schule gehört deshalb auch die Architektur der Kulturvermittlung, schon in den Kindergärten wären künstlerische Kooperationen mit Audience Development zu verbinden, durch die Hin- und Rückspiele von Programmen des Kulturaustausches könnten auf beiden Seiten neue Sichtweisen erschlossen werden. Das Spielerische ist als Kulturtechnik zu entdecken, auszuprobieren und in alle Formen von kulturpolitischer Entwicklungsarbeit sowie entwicklungspolitischer Kulturarbeit zu integrieren. Landauf landab gibt es hierzu lokale, regionale und nationale Konzepte, bewerte Programme und reichlich politische Absichtserklärungen. Die gilt es zu nutzen, die gilt es auf ihre Brauchbarkeit in der Auswärtigen Kulturpolitik und im Feld Kultur und Entwicklung zu überprüfen, die gilt es mit der Komponente der Interkulturalität zu bereichern.

#### Eine Agentur für internationale kulturelle Zusammenarbeit

Kultur und globale Entwicklung braucht keine Utopie zu bleiben. Die Frage ist nur die, wie? Wie gehen sie zusammen? Eine Frage, die insbesondere die Mittlerorganisationen der Politik ganz im eigenen Interesse beschäftigt. Was ergibt eine Kooperation von Goethe-Institut und Institut für Auslandsbeziehungen? Was erfolgt aus der Zusammenlegung von Deutschem Entwicklungsdienst, der Deutschen Gesellschaft für technische Zusammenarbeit und INWENT? Und müsste man nicht auch jetzt schon fragen: Was könnte erst ein Netzwerk aus GI, IFA, DED, GTZ und INWENT leisten? Für Kultur und Entwicklung? Für eine zukunftsorientierte, nachhaltige und programmatische Außenpolitik, die Kultur und Entwicklung zusammen denkt, die Kulturkooperationen und Entwicklungszusammenarbeit nicht trennt, sondern zu Bestandteilen eines gemeinsamen politischen Handlungsfeldes erhebt. Die Zeit der Einbahnstraßen im politischen Geschäft ist vorbei, es geht nur gemeinsam. Eine rein additive Maßnahme der Mittler wäre anachronistisch und würde eher in einer Sackgasse enden als eine neue Entwicklungspolitik generieren. Wie wäre es also mit einem Modell des Kreisverkehrs? Alle in Wechselbeziehungen, untereinander in Verbindung, mit inhaltlichen Synergieeffekten sowie innovativen Zufahrten und originellen Auswegen. Im Mittelpunkt steht eine Agentur für internationale kulturelle Zusammenarbeit. Unabhängig von Außenamt und Bundesministerium. Als Stiftung des Öffentlichen Rechts der Bundesrepublik Deutschland. Vor allem mit einer neuen Konzeption, die einer Kulturentwicklungsplanung ähneln könnte: Bestandsaufnahme machen, Stärken und Schwächen analysieren,

ein Forum der Akteure organisieren, Ziele definieren, Managementformen etablieren und immer mal wieder Prozesse, Projekte und Programme evaluieren, um den Kreisverkehr am Laufen zu halten, meint: Veränderungen als permanente Konstanten möglich machen. Auch eine solche Kulturentwicklungspolitik birgt Risiken und hat Nebenwirkungen, aber sie ist modern im Sinne der Erfordernisse einer neuen Cultural Diplomacy, die erstmals ganz in den Händen der Zivilgesellschaft liegt. Das ist in der Tat eine Utopie. Aber durchaus denkbar.